

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

28. Jahrgang 1980

Heft 1

PIERRE GUILLEN

FRANKREICH UND DER EUROPÄISCHE WIEDERAUFSCHWUNG

Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom

Am 30. August 1954 beendete die französische Nationalversammlung die Auseinandersetzung um den Vertrag zur Gründung der EVG mit einem Votum von 319 Gegenstimmen, 264 Zustimmungen und 41 Enthaltungen. Am 9. Juli 1957 ratifizierte sie die Verträge von Rom mit 340 gegen 236 Stimmen und 7 Enthaltungen. Auf den ersten Blick hat man den Eindruck, als habe sich zwischen diesen beiden Daten in Frankreich ein Meinungsumschwung zugunsten der europäischen Integration vollzogen: im August 1954 hatte sich die Mehrheit der Abgeordneten dem Anschein nach nicht einer starken Welle der Ablehnung entgegenstellen wollen, während sie im Juli 1957 mit dem europafreundlichen Willen einer Mehrheit der Franzosen übereinzustimmen schien.

Tatsächlich war dem keineswegs so. Eine Prüfung der Umfrageergebnisse von I.F.O.P.¹ macht eine solche Erklärung zunichte. Zwischen 1954 und 1957 ergibt sich daraus ein klarer Rückgang der Popularität der europäischen Idee: 1954 traten 63% der befragten Personen für einen Zusammenschluß Westeuropas ein; im November 1955 waren es nur 45%, im Mai 1957 55%. Hinsichtlich der Römischen Verträge brachten die Umfragen vom Mai 1957 folgende Ergebnisse: 60% der Befragten stimmten der Idee einer Wirtschaftsgemeinschaft zu, aber nur 31% glaubten, daß das Projekt auch verwirklicht wird, nur 25%, daß sich der Vertrag über den Gemeinsamen Markt für die französische Wirtschaft vorteilhaft auswirken, und nur 32%, daß er zu einer Erhöhung des Lebensstandards führen werde. Der Europäischen Atomgemeinschaft stimmten nur 21% zu².

Dieser geringe Prozentsatz bedeutet aber nicht, daß die Mehrheit der Franzosen resolute Gegner der Gemeinschaft gewesen wären; deren Prozentsatz war sehr viel kleiner. Die große Masse äußerte sich einfach nicht, sie war indifferent in ihrer Haltung. Die Schaffung Europas gehörte nicht zu den wichtigsten Problemen, mit denen sich die Öffentlichkeit beschäftigte. Das wird durch die Wahlkampagne für die Parlamentswahlen im Januar 1956 bestätigt; man sprach dabei sehr wenig von Europa. Es war nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch Mangel an Information. Laut Umfrage vom Januar 1958 über den Gemeinsamen Markt hatten zwar 63% schon davon gehört, aber nur 30% konnten sagen, was das ist. Hinsichtlich Euratom betrug die

¹ I.F.O.P. = Institut Français d'Opinion Publique: Französisches Meinungsforschungsinstitut.

² Nach „L'opinion française et l'union de l'Europe, 1947-1972“, in: Sondages, 1972, No. 1-2.

Prozentsätze bei einer Umfrage im Mai 1957 53% bzw. 30%. Das hieß, daß die Verträge von Rom 70% der Franzosen unbekannt waren.

Diese Situation gab den Politikern weitgehend freie Hand, die damit ihre europäische Politik ohne große Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung betreiben konnten. Die Uninteressiertheit der Masse wirkte sich zugunsten eines Wiederaufschwungs der Europapolitik aus, denn die höchsten Prozentsätze der Gleichgültigkeit oder der Gegnerschaft fanden sich in den gesellschaftlichen Gruppen mit dem geringsten Einfluß auf die Anschauungen der Politiker: bei den Landwirten und den Arbeitern (nur 44% zustimmende Antworten zur europäischen Einigung im Mai 1957), während die sozialen Gruppen, die die veröffentlichte Meinung bildeten, die für die Haltung der Politiker oft maßgeblichen Eliten, in ihrer großen Mehrheit im Mai 1957 für eine Einigung Europas eintraten: 88% der Freiberuflichen und der höheren Angestellten, 70% der Befragten aus Industrie und Handel. Insgesamt konnte man feststellen, daß der proeuropäische Eifer um so größer war, je höher der Bildungsgrad und das Einkommen.

Betrachten wir nun die Entwicklung der Einstellung der Politiker. Von Anfang an hat die Wiederankurbelung der europäischen Einigungspolitik, die von Benelux ausgeht, in Frankreich die enthusiastische Unterstützung des M.R.P.³ gefunden, was nicht weiter überrascht. 1955 haben sowohl das Nationalkomitee⁴ wie nachher der Parteikongreß in Marseille⁵ Resolutionen angenommen, die entschlossene Initiativen für einen Fortschritt der europäischen Einigung forderten. Aber die Mehrheit der Regierung verhielt sich sehr reserviert. Der Ministerpräsident, Edgar Faure, und der Außenminister, Pinay, waren sehr zurückhaltend⁶ – nicht nur aus Angst, die Regierungsmehrheit könnte auseinanderbrechen (im Kabinett saßen mehrere gaullistische Minister).

Nach Ansicht mancher Autoren waren die Wahlen vom Januar 1956 das entscheidende Faktum, denn sie brachten eine proeuropäische Mehrheit in die Nationalversammlung. Bekanntlich waren sowohl der neue Ministerpräsident, Guy Mollet, wie der Außenminister und der Staatssekretär im Außenministerium, Christian Pineau und Maurice Faure, entschiedene Europäer⁷. Außerdem hatten die Gaullisten, die von

³ Mouvement Républicain Populaire, Republikanische Volksbewegung; französische Partei der Mitte christlich-demokratischer Prägung.

⁴ Die von Maurice Schuman eingebrachte und angenommene Resolution verlangte die Ausweitung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft auf alle Energiearten, die Schaffung neuer Gemeinschaften für das Transportwesen, die Agrarmärkte, die zivile Atomenergieverwendung, die gemeinsame Waffenproduktion; vgl. *Le Monde*, 5. April 1955.

⁵ Die vom Marseiller M.R.P.-Kongreß angenommene Resolution forderte, daß Frankreich bei der nächsten Zusammenkunft des Rates der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft die Initiative für eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der Gemeinschaft ergreifen solle; vgl. René Massigli, *Une comédie des erreurs, 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne*, Paris 1978, S. 510.

⁶ Auf den Brief Spaaks über eine Erweiterung der Kohle- und Stahlgemeinschaft mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration und Schaffung eines supranationalen Organismus hatte Pinay Anfang April 1955 ablehnend reagiert; vgl. Massigli, a. a. O., S. 507.

⁷ Siehe Alfred Grosser, *La IV^e République et sa politique extérieure*, Paris 1967, S. 345.

121 auf 21 Sitze zurückgegangen waren, nur mehr geringen Einfluß im Parlament. Ihre Niederlage wurde aber durch den Erfolg der Kommunisten, die von 99 auf 149 Sitze kletterten, und den Durchbruch der Poujadisten⁸, die 35 Abgeordnete stellten, kompensiert, denn beide waren erbitterte Gegner einer Europäischen Gemeinschaft. Die entscheidende Wende kam vielmehr dadurch zustande, daß die drei politischen Gruppen – Sozialisten, U.D.S.R.⁹ und Gemäßigte –, die bei der Abstimmung über die EVG gespalten waren, geschlossen für die Ratifizierung der Verträge von Rom eintraten und die verschiedenen Richtungen der Radikalen¹⁰, die 1954 etwa in zwei gleiche Teile zerfielen, diesmal zu zwei Dritteln ebenfalls für die Verträge stimmten¹¹.

Wie ist das zu erklären? Auf den Debatten über die EVG lastete der Umstand, daß das Europa der Sechs seit der Weigerung Englands, der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft beizutreten, vielen Politikern als eine deutsch-amerikanische Unternehmung erschien. Die EVG wurde nicht als eine neue Etappe zur europäischen Integration angesehen, sondern, wie Alfred Grosser es ausdrückte, als ein Versuch, „den unpopulären Gedanken der Wiederbewaffnung Deutschlands schmackhaft zu machen, indem man ihn in den populären Farben Europas malte“¹². Zu der Angst vor einem deutschen Wiederaufstieg, der Furcht vor deutschen Forderungen nach Gleichberechtigung gesellte sich der Unmut über die massive Unterstützung der EVG durch die Vereinigten Staaten, ihren Druck und ihre Erpressungsversuche gegenüber der

⁸ Die von Pierre Poujade 1954 gegründete „Union de défense des commerçants et artisans“ zur Vertretung der Interessen von Kleinhändlern, Handwerkern und Bauern.

⁹ Union démocratique et socialiste de la Résistance, eine Partei der linken Mitte in der IV. Republik, der sowohl René Pleven wie François Mitterrand angehörten.

¹⁰ Radikale oder Radikalsozialistische Partei: linksliberale bürgerliche Partei mit maßgeblichem Einfluß in der III. und IV. Französischen Republik; häufige Ausprägung verschiedener Gruppen innerhalb der Gesamtpartei.

¹¹ Abstimmungsergebnisse in der Nationalversammlung:

	über die EVG			über die Römischen Verträge		
	Dafür	Dagegen	Enthaltungen	Dafür	Dagegen	Enthaltungen
Kommunisten:		99				149
Sozialisten:	50	53	1	100		
Radikale:	33	34	9	48	21	2
U.D.S.R.:	8	10	6	19	1	1
M.R.P.:	80	2	4	74		
Gemäßigte:	79	44	13	88	6	4
Unabhängige:	11	3	1	6	1	
Gaullisten:	2	67	4		17	
Poujadisten:				1	35	
Nicht in einer Partei Eingeschriebene:	1	7	3	4	6	

¹² Vgl. Alfred Grosser, *Les Occidentaux. Les pays d'Europe et les Etats-Unis depuis la guerre*, Paris 1978, S. 159; deutsche Ausgabe: *Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München 1978, S. 178.

französischen Regierung. An dieser Verbindung von anti-deutscher und anti-amerikanischer Stimmung ging die EVG zugrunde.

Warum war es 1957 nicht genauso? Man kann die Wirkung der Niederwerfung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetunion geltend machen und das Ausbleiben einer Reaktion im westlichen Lager. Diejenigen, die an die Möglichkeit einer Entsovjetisierung Osteuropas als Gegenleistung für einen Verzicht auf die deutsche Wiederbewaffnung geglaubt und in der Hoffnung, eine endgültige Spaltung Europas zu vermeiden, gegen die EVG gestimmt hatten, verloren ihre Illusionen: Der Bruch zwischen Ost und West in Europa war nicht mehr rückgängig zu machen. Das wirkte sich bei den Sozialisten und bei der linken Mitte aus¹³. Außerdem erschien die Bundesrepublik Deutschland weniger beunruhigend. Die Abkommen über die Saar 1956 und über die Kanalisierung der Mosel markierten eine deutsch-französische Wiederannäherung, die durch zunehmenden Austausch und Kontakt auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet bekräftigt wurde. Das erleichterte die Einwilligung in neue europäische Initiativen. Sehr wesentlich war, daß nun auch SPD und DGB für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft eintraten. Die Behauptung, ein Europa der Sechs werde von einem klerikalen und revanchistischen Deutschland beherrscht, die so lange Eindruck machte, wie nur CDU/CSU die Einigung Europas predigten, diese These verlor nun ihre Glaubwürdigkeit. Das zeigte sich besonders bei den Sozialisten: der Graben, der das sozialistische Lager in Europa geschwächt und Zweifel an der Zukunft Deutschlands wachgerufen hatte, war damit zugeschüttet. Der Anschluß der deutschen Gewerkschaften und Sozialisten an das Europa der Sechs machte Deutschlands Eintritt in eine friedliche Gemeinschaft möglich und erlaubte eine Union aller europäischen Sozialisten zur Schaffung eines geeinten demokratischen Europa. Deshalb konnte Guy Mollet schon im Oktober 1955 versichern, die europäische Integration sei ein Einigungsfaktor in der S.F.I.O. geworden¹⁴.

In den Verhandlungen mit ihren Partnern brachte die französische Regierung jedoch lange Zeit immer neue Einwände, Bedingungen und Verzögerungen vor. Erst ab Ende 1956 schien sie zu einem Abschluß entschlossen und gedrängt zu werden. Offensichtlich hatte eine wachsende Anzahl von Politikern inzwischen die Überzeugung gewonnen, daß es im nationalen Interesse Frankreichs lag, in der Schaffung eines geeinten Europa vorwärts zu kommen. Dabei kamen die Fakten zweier Kausalketten gleichzeitig zur Wirkung: im politischen Bereich die Schwierigkeiten der Dekolonisation in Afrika, die Suez-Krise und der Krieg in Algerien; auf dem wirtschaftlichen Sektor die Verschärfung der Währungs- und die Verschlechterung der Außenhandelsbilanz. Die Verstärkung des proeuropäischen Lagers scheint also mehr Motiven des nationalen Interesses zuzuschreiben zu sein als solchen einer europäischen Gesinnung. Das erklärt, warum die Verfechter der Supranationalität eine Minderheit blieben.

Schon auf der Konferenz von Messina widersetzten sich die französischen Unter-

¹³ Vgl. Alfred Grosser, *La IV^e République et sa politique extérieure*, S. 340.

¹⁴ Vgl. Jean Monnet, *Mémoires*, Paris 1978, S. 484f. S.F.I.O. = Section Française de l'Internationale Ouvrière, die alte große sozialistische Partei Frankreichs. Guy Mollet war ihr Generalsekretär.

händler einer horizontalen Integration (der Einrichtung eines gemeinsamen Marktes durch die Fusion der nationalen Wirtschaften als Gesamtheit) und ließen nur eine sektorielle Integration zu. Sie schlossen gleichfalls von vornherein aus, daß etwa die Befugnisse der Hohen Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft auf die neuen Sektoren ausgedehnt würden, und betonten, daß die Vollmachten der neu zu schaffenden Gemeinschaft begrenzt sein müßten¹⁵. Ministerpräsident Edgar Faure erklärte, daß man nicht bis zur Supranationalität gehen könne, „ein Ausdruck, der erschrecken kann“¹⁶. In den Verhandlungen der Jahre 1956/1957 über Euratom und den Gemeinsamen Markt bemühten sich die französischen Delegierten, den Entscheidungsspielraum und die Hoheitsrechte der Institutionen der Gemeinschaften möglichst zu beschränken.

Die Verweigerung der Supranationalität im Namen des nationalen Interesses zeigte sich deutlich bei den Parlamentsdebatten über Euratom im Juli 1956. Die Gaullisten waren nicht die einzigen, die geltend machten, daß Frankreich seinen Partnern auf dem Gebiet der nuklearen Wissenschaft und Technik voraus sei und daß es im Mutterland und in Übersee bedeutende Uranreserven besitze. In einem Gemeinschaftsunternehmen werde es mehr geben als empfangen; auf jeden Fall dürfe es sich nicht einer Kontrolle über die Verwendung seiner eigenen Ressourcen unterwerfen. Maurice Faure mußte die Versicherung abgeben, daß es keine organische Verbindung zwischen Kohle- und Stahlgemeinschaft und Euratom geben werde¹⁷.

Dasselbe gilt für die EWG, der die französische Regierung nur in sehr geringem Maße supranationale Kompetenzen zugestand. Auf ihr Drängen hin wurde der Ministerrat mit seinen Vollmachten über die Kommission gesetzt, die keine Exekutivgewalt hat, und die Europäische Versammlung verfügt nicht über die Legislative. Trotzdem gelang es Mendès-France, einen Teil der Radikalen zur Ablehnung der Römischen Verträge zu bewegen, die in seinen Augen zu viele supranationale Elemente enthielten: „Eine Demokratie dankt ab . . ., wenn sie ihre Befugnisse an eine auswärtige Autorität überträgt.“¹⁸

Eine solche feindselige Einstellung gegen die Supranationalität bestand übrigens nicht nur bei der Mehrheit der französischen Parlamentarier. Unter der Ministerialbeamtenschaft war sie ebenfalls stark verbreitet. Als im Juni 1956 die Vertreter der staatlichen Behörden im Matignon¹⁹ zusammenkamen, um ihre Stellungnahmen zum Spaak-Bericht²⁰ abzugeben, waren $\frac{1}{3}$ davon ablehnend²¹. Die Feudalherren der Ver-

¹⁵ *L'Année politique 1955*, Paris 1956, S. 430.

¹⁶ Pressekonferenz Edgar Faures am 26. Mai 1955.

¹⁷ *Journal Officiel* (künftig: J. O.), Protokoll der Sitzungen der Nationalversammlung (*Assemblée nationale*), Sitzung vom 5. Juli 1956.

¹⁸ Intervention von Mendès-France während der Orientierungsdebatte am 18. Januar 1957.

¹⁹ Das Hôtel de Matignon ist der Sitz des französischen Ministerpräsidenten.

²⁰ Memorandum von Spaak u. seinen Mitarbeitern über die noch offenen Probleme der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, Anfang 1956 zusammengestellt; vgl. Paul-Henri Spaak, *Memoiren eines Europäers*, Hamburg 1969, S. 318f.

²¹ Nach dem Bericht eines hohen Beamten, zitiert bei Erling Bjøl, *La France devant l'Europe. La politique européenne de la IV^e République*, Kopenhagen 1966, S. 260.

waltung verwarfen natürlich die Idee, ihre Amtsgewalt mit anderen teilen zu müssen, und vertraten die Auffassung, die Regierungen dürften ihre Befugnisse nicht aufgeben. Diese Haltung stimmte mit der Grundstimmung der öffentlichen Meinung völlig überein. Die Umfrageergebnisse zeigen, daß die Zahl der Befürworter der Supranationalität, einer politischen Föderation Westeuropas, von 56% der Befragten im Oktober 1954 auf 35% im Mai 1957 gesunken war²².

Aber wenn Frankreich auch seine Souveränität bewahren wollte, so gebot ihm doch das nationale Interesse, sich künftig eng mit seinen Nachbarn zu verbinden: nur auf diese Weise konnte es angesichts der beiden Supermächte hoffen, weiterhin eine Rolle in der internationalen Szenerie zu spielen. Die Isolierung würde es zur Machtlosigkeit verdammen. Schon im Juli 1956 versicherte Guy Mollet, die Einigung Europas sei für Frankreich ein politischer Imperativ. „Nur ein geeintes Europa wird gegenüber den beiden Kolossen USA und UdSSR Autorität haben.“²³ Die Suezkrise beschleunigte diesen Erkenntnisprozeß. Aus dieser schmerzhaften diplomatischen Niederlage zog man die Lehre, daß man sich mit der Schaffung eines geeinten Europa beeilen müsse. Nur mittels eines geeinten und starken Westeuropas konnte Frankreich hoffen, von den beiden Großen nicht mehr wie eine *quantité négligeable* behandelt zu werden. Das haben zahlreiche Abgeordnete in der außenpolitischen Debatte im Dezember 1956 immer wieder betont. Auch Guy Mollet kam in seinem Bericht darauf zurück. „Im Atomzeitalter führen Protektionismus und Abkapselung ein Volk zum Verfall.“²⁴ Vom Ausgang der Suezkrise tief getroffen, räumte der Ministerpräsident nun der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Atomgemeinschaft die Priorität ein und drängte ununterbrochen auf die Ausarbeitung und Prüfung der Verträge²⁵. Während der allgemeinen Orientierungsdebatte im Januar 1957 kamen die meisten Redner auf die Suezkrise zu sprechen, die die Schwäche eines geteilten Europa offenbart habe. Nur die Schaffung eines geeinten Europa werde Frankreich vor neuen Erniedrigungen bewahren und es ihm erlauben, seine Stimme zu Gehör zu bringen, seine Interessen und seine tatsächliche Unabhängigkeit gegen den Druck der beiden Kolosse zu verteidigen²⁶.

Durch die Suezkrise wurde auch die Brüchigkeit der Energiebasis der französischen Wirtschaft offenbar, die von wachsenden Erdöleinfuhren abhing. Da die Kohlenbergwerke ganz ausgebeutet waren und hinsichtlich der hydroelektrischen Versorgungsmöglichkeit die Höchstgrenze erreicht war, sah sich Frankreich in zunehmendem Maße auf importiertes Erdöl angewiesen. Das schuf eine doppelte Abhängigkeit: auf dem finanziellen Sektor ein Anwachsen des Defizits der Zahlungsbilanz; im politischen Bereich die Möglichkeit einer stärkeren Beeinflussung der französischen Nordafrika-Politik durch die Erdöllieferanten, die arabischen Staaten des Mittleren Ostens.

²² *Sondages*, 1972, No. 1–2, S. 98 f.

²³ J. O., *Assemblée nationale* (künftig: *Ass. nat.*), Sitzung vom 5. Juli 1956.

²⁴ J. O., *Ass. nat.*, Sitzung vom 20. Dezember 1956.

²⁵ Aus der Umgebung von Guy Mollet berichtet, zitiert bei Bjøl, a. a. O., S. 76 f.

²⁶ J. O., *Ass. nat.*, Sitzungen vom 15. bis 22. Januar 1957, Interventionen von P. H. Teitgen, Maurice Faure, Bourges-Maunoury, C. Pineau, G. Mollet und Le Bail.

Auf Veranlassung der Regierung sprachen zwei bedeutende wissenschaftliche Experten, Francis Perrin und Louis Armand, vor der Nationalversammlung über die Notwendigkeit der Ablösung der traditionellen Energiequellen durch die Kernenergie, um Frankreich weniger abhängig zu machen. Aber ein Nuklearprogramm größeren Ausmaßes könne nicht von Frankreich allein in Angriff genommen werden, dazu fehle es an ausreichender technischer, industrieller und finanzieller Kapazität. Es sei deshalb notwendig, die Mittel mehrerer Länder zu mobilisieren; die Euratom sei das einzige Instrument, in Zukunft die energiepolitische Unabhängigkeit Frankreichs zu gewährleisten²⁷. Die Suezkrise ließ die Forderung der energiepolitischen Unabhängigkeit natürlich noch akuter erscheinen. Die Berichterstatter des Finanzausschusses (J. M. Louvel) und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (P. July) betonten die Notwendigkeit, nicht mehr von unstabilen und feindselig gesinnten Ländern abhängig zu sein²⁸. Die Auswirkungen der Suezkrise trugen zur Isolierung der Gegner des Euratom-Vertrages bei, der Gaullisten und Kommunisten, die die Ansicht vertraten, Frankreich müsse und könne seine Energiebasis alleine aufbauen²⁹.

Es erhob sich allerdings das Problem, ob die Euratomgemeinschaft nicht Frankreichs Aufstieg in den Rang einer Nuklearmacht beeinträchtigen würde? Von Anfang an hatte das Euratom-Projekt große Besorgnis bei allen denjenigen hervorgerufen, die sich mit der Ingangsetzung eines militärischen Nuklearprogramms befaßten, das Frankreich Atomwaffen verschaffen sollte. Die führenden Militärs, besonders General Ailleret, und die der traditionellen Machtkonzeption verhafteten Politiker – Gaullisten, klassische Rechte und manche Radikale – wollten Euratom auf die zivile Kernenergie beschränken³⁰. Angesichts der Stärke dieser Strömung setzte die Regierung bei der Diskussion des Spaak-Berichts diese Auffassung auch bei ihren Partnern durch. Im Juli 1956 versicherten Maurice Faure und Guy Mollet vor der Nationalversammlung wiederholt, Frankreich werde freie Hand behalten, um sein militärisches Nuklearprogramm durchzuführen³¹. Doch war das nicht eine illusorische Freiheit? Während der Ratifikationsdebatten bestimmte der Verteidigungsausschuß einen Gegner des Euratomvertrages zum Berichterstatter, Pierre André, der in seinem Bericht die Vorbehalte der Militärs betonte: Eine Trennung des militärischen und des zivilen Nuklearprogramms sei nur künstlich. „Um freie Hand zu bekommen und unsere Fabrikationsgeheimnisse zu bewahren, müßten wir – mit enormen Kosten! – militärische Anlagen errichten, die Arbeiten durchführen, die auch schon in den zivilen Werken gemacht werden³².“ Aber die Mehrheit der Abgeordneten war empfänglicher für das Postulat der energiepolitischen Unabhängigkeit, das durch Euratom gewährleistet werden sollte.

²⁷ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, S. 3254, 3262–3268.

²⁸ J. O., Ass. nat., 1956, S. 3359; 1957, S. 213; vgl. auch J. Monnet, a. a. O., S. 493–495.

²⁹ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, Intervention von Kriegel-Valrimont.

³⁰ Vgl. Laurence Scheinman, *Atomic Energy Policy under the Fourth Republic*, Princeton 1965; Général Ch. Ailleret, *L'aventure atomique française*, Paris 1968; A. Grosser, *Les Occidentaux*, S. 222; dt. Ausgabe S. 243 f.

³¹ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

³² J. O., Ass. nat., Sitzung vom 3. Juli 1957, S. 3186–3193.

Ein anderes wesentliches Element der französischen Macht waren ihre Besitzungen in Übersee. Es wurde für Frankreich aber immer schwieriger, allein gegen die Kräfte anzukämpfen, die darauf hinarbeiteten, die Französische Union³³ zu zersetzen. Würde es die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft nicht erlauben, sich der Hilfe der Partner Frankreichs zu versichern, um seine Positionen in Nordafrika und Schwarzafrika aufrechtzuerhalten? Es ist bezeichnend, daß in der Debatte über den Gemeinsamen Markt und Euratom häufig das Konzept eines Eurafrika geltend gemacht wurde. Man stellte Afrika als die natürliche Verlängerung des Europa der Sechs dar und als wesentliche Basis für eine dritte europäische Kraft zwischen den beiden Großen³⁴. Kurz, Eurafrika erschien wie eine Ersatzlösung, die geeignet wäre, das zu retten, was von Französisch-Afrika gerettet werden könnte. Und in der Algerienfrage würde es die Europäische Gemeinschaft dem auf der internationalen Szene ohnehin gestärkt auftretenden Frankreich erlauben, mit der Verständigungsbereitschaft und Unterstützung seiner Partner zu rechnen, um seine Algerien-Politik gegenüber den zunehmenden Attacken und Schwierigkeiten durchzusetzen.

Hinsichtlich Schwarzafrikas war man sehr bemüht, die nach dem im Juni 1956 verabschiedeten Rahmengesetz eingeleiteten Autonomiebestrebungen durch eine Verstärkung der wirtschaftlichen Bindungen zu kompensieren. Aber Frankreich war nicht in der Lage, alleine die Entwicklung seiner alten Kolonien in Afrika zu gewährleisten. Auch hier rechnete es mit der Beteiligung seiner Partner im Europa der Sechs. Guy Mollet sprach das offen aus: Die Ablehnung des Gemeinsamen Marktes würde die Abwendung der überseeischen Völker von Frankreich nach sich ziehen, denn „wir wären unfähig, ihnen die Hilfe zu geben, die wir versprochen haben“³⁵. Aus diesem Grunde machte die französische Regierung schon auf der Konferenz von Venedig im Mai 1956 die Einbeziehung der überseeischen Territorien in den Gemeinsamen Markt zu einer *conditio sine qua non*. Ihr Beharren auf diesem Punkt, das durch Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialrates (Juli 1956)³⁶ und der Nationalversammlung (Januar 1957) unterstützt wurde, brachte ihre Partner schließlich zu dem Zugeständnis, ein Assoziierungsabkommen mit den afrikanischen Ländern abzuschließen. Dabei wurden folgende Überlegungen geltend gemacht: Der französische Markt sei nicht in der Lage, eine genügende Menge überseeischer Güter aufzunehmen; der Gemeinsame

³³ Die Französische Union (Union Française) war die durch die Verfassung vom 27. 10. 1946 geschaffene Gemeinschaft des französischen Mutterlandes mit den abhängigen Gebieten, Territorien und Staaten in Übersee, die die Kolonialherrschaft ersetzen sollte. Sie bestand bis zur Bildung der Französischen Gemeinschaft (Communauté Française) am 4. 10. 1958.

³⁴ Vgl. die Interventionen von P. H. Teitgen und Le Bail, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 15. Januar 1957. Die Idee wurde während der Ratifizierungsdebatte von Maurice Faure wieder aufgenommen.

³⁵ Rede von Guy Mollet, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 22. Januar 1957.

³⁶ Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialrates (ein aus Vertretern aller französischen Berufsgruppen zusammengesetztes, 200 Mitglieder zählendes Beratungsgremium ohne Entscheidungsbefugnisse) vom 12. Juli 1956 aufgrund der Diskussion über den Bericht Deleaus und Interventionen der Vertreter des Allgemeinen Verbandes der höheren Angestellten (C.G.C.); Bulletin du Conseil économique, 1956, No. 20.

Markt solle die Absatzmöglichkeiten für diese Produkte erweitern, unter der Voraussetzung, daß ihnen innerhalb der EWG Präferenzen eingeräumt würden, denn ihre Preise lägen über denen des Weltmarktes³⁷. Andererseits könne Frankreich nicht die großen Investitionen finanzieren, die die überseeischen Länder forderten, um aus dem Stadium der Unterentwicklung herauszukommen. „Frankreich ist an der Grenze seiner Opfermöglichkeit angelangt.“ Deshalb wollte es im Rahmen des Gemeinsamen Marktes seine fünf Partner an diesen mühevollen Investitionen beteiligen, und daher kam die von der französischen Regierung erhobene Forderung nach Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds, der für die assoziierten überseeischen Länder bestimmt sein und von den Sechs im Verhältnis zu ihrem Volkseinkommen bestückt werden sollte. Während der Parlamentsdebatte im Januar 1957 kamen zahlreiche Redner auf diesen Punkt zu sprechen, und Maurice Faure gab sehr klare Zusicherungen dazu³⁸.

Tatsächlich wurde auf der Pariser Konferenz vom Februar 1957 die Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds beschlossen, der mit 581 Millionen Dollar für 5 Jahre ausgestattet wurde. Frankreich steuerte dazu 200 Millionen bei und erhielt daraus für seine überseeischen Gebiete 521 Millionen, das bedeutete einen Gewinn von 321 Millionen Dollar.

Solch substantielle Vorteile beseitigten auch die rückständigen Einwände kolonialprotektionistischer Art, die den Verlust eines geschützten Reviers beklagten: die Länder der Französischen Union würden sich für die Produkte der Sechs öffnen, Frankreich werde seine privilegierten Absatzmärkte verlieren³⁹. Um diesen Einwänden Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, daß sich die überseeischen Gebiete nur in zeitlicher Staffelung dem Gemeinsamen Markt öffnen sollten.

Ein anderes nationales Interesse, das seit dem Beginn der europäischen Einigung zur Debatte stand, war die Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland. Der Gemeinsame Markt wurde als Mittel zur Verminderung des Kriegsrisikos dargestellt, indem er die nationalen wirtschaftlichen Rivalitäten ausschalte⁴⁰. Die Römischen Verträge würden Deutschland dauerhaft an den Westen binden, es hindern, sich „loszueisen“, das Schaukelspiel zwischen Ost und West wieder aufzunehmen. In den Parlamentsdebatten kamen Guy Mollet, Maurice Faure und Robert Schuman immer wieder darauf zurück: Man müsse mit Deutschland tausend konkrete Bande knüpfen, politische, wirtschaftliche, finanzielle, um dadurch eine nicht mehr rückgängig zu machende

³⁷ Erklärungen von Maurice Faure und Guy Mollet sowie die von der Nationalversammlung am Schluß der Debatte im Januar 1957 als „ordre du jour“ angenommene Resolution über den Gemeinsamen Markt.

³⁸ Resolution („ordre du jour“), unterzeichnet von A. Pinay, P. Reynaud, E. Faure, J. Laniel, und Interventionen vom P. H. Teitgen, Ninine, A. Morice, Abbé Viallet, Sanglier; J. O., Ass. nat., Debatten im Januar 1957 über den Gemeinsamen Markt.

³⁹ A. Malterre hatte dies im Namen der C.G.C. im Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 1956 unterstrichen. Während der Debatten in der Nationalversammlung im Januar 1957 schlug sich Mendès-France seltsamerweise auf die Seite der Vertreter des kolonialen Protektionismus: „Wird Frankreich so viel Blut und Geld nur ausgegeben haben, um diese Gebiete gratis einer europäischen Behörde zur Verfügung zu stellen?“

⁴⁰ Intervention von Gozard (S.F.I.O.) in der Debatte im Januar 1957.

Situation zu schaffen; man müsse alles tun, um die nationalistischen und militaristischen Kräfte in Deutschland auszuschalten und die demokratischen und friedliebenden zu fördern; das sei für Frankreich die beste Garantie, ja der einzige Weg, das deutsche Problem dauerhaft zu lösen⁴¹.

Diesem schon klassisch gewordenen Thema schloß sich hinsichtlich Euratom die Überlegung an, daß damit eine selbständige atomare Entwicklung in der Bundesrepublik zu vermeiden wäre. Der Euratom-Vertrag werde Bonn daran hindern, sich den Verpflichtungen der Pariser Verträge⁴² zu entziehen und sich Atomwaffen zu verschaffen, und er verbiete der Bundesrepublik praktisch, mit Frankreich in Konkurrenz zu treten und ebenfalls in den Rang einer Atommacht aufzusteigen. Die Gegner von Euratom sahen darin jedoch für Deutschland die Gelegenheit, die letzten Beschränkungen seiner Souveränität aufzuheben, den Verpflichtungen der Pariser Verträge zu entgehen und mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu Atomwaffen zu gelangen. Aber diese Argumente fanden wenig Echo⁴³.

Zahlreicher waren die Hinweise, die Bundesrepublik werde aufgrund ihres ökonomischen Gewichts, ihrer industriellen Macht und der Unterstützung der USA sicherlich Euratom beherrschen. Louis Armand erwiderte dem, wenn Euratom nicht zustande käme, würden die Vereinigten Staaten bilaterale Vereinbarungen treffen – mit Deutschland als dem „brillantesten Partner der USA“⁴⁴. Andere Politiker, und zwar nicht nur Kommunisten, sahen in der EWG eine Unternehmung, die die französische Industrie in Abhängigkeit von den deutschen Trusts bringen und aus Frankreich einen wirtschaftlichen Vasallen Deutschlands machen werde. Dieselben Befürchtungen äußerten die Poujadisten, manche Abgeordnete der klassischen Rechten und ebenso die Anhänger von Mendès-France unter den Radikalen: Angesichts der Unterlegenheit der französischen Industrie, der Währungskrise und der negativen Zahlungsbilanz in den Gemeinsamen Markt einzutreten, bedeute, wie Mendès-France sich ausdrückte, „die Vorherrschaft der Wirtschaft eines einzigen Landes gutzuheißen, zuzulassen, daß die bestimmende Macht in Bonn sitzen werde“⁴⁵.

Diese Befürchtungen ließen die Abwesenheit Englands um so mehr bedauern, das in einem vereinten Westeuropa ein Gegengewicht zu Deutschland bilden konnte. Am Quai d'Orsay machte sich Massigli⁴⁶ zum Anwalt eines Europa der Sieben. Nach

⁴¹ J. O., Ass. nat., 1956, S. 3382 (Rede von Guy Mollet), 1957, S. 77 (Rede von Maurice Faure).

⁴² Im Rahmen der Pariser Verträge vom 23. 10. 1954 (in Kraft getreten am 5. 5. 1955) erlangte die Bundesrepublik Deutschland ihre politische Souveränität, unterwarf sich aber gewissen Rüstungsbegrenzungen und Rüstungskontrollen.

⁴³ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956, passim.

⁴⁴ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

⁴⁵ J. O., Ass. nat., 1957, S. 3390f.; der deutsche Einfluß auf die EWG wurde von der C.G.T. (der kommunistisch orientierten Gewerkschaft) im Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 1956 angeprangert, von Mme. Vaillant-Couturier in der Nationalversammlung am 15. Januar 1957, von Pierre Cot im Juli 1957 (seine Rede ist wiedergegeben im J. O., Ass. nat. 1957, S. 3343–3345) und von Abgeordneten der Rechten wie Dorgères und Beaugitte.

⁴⁶ René Massigli war 1944–1955 französischer Botschafter in London, 1955/56 Generalsekretär des Außenministeriums. Er trat noch 1956 in den Ruhestand.

seinem Ausscheiden blieb das Feld den Befürwortern einer Sechsergemeinschaft überlassen, die aber im Parlament mit einer starken „anglophilen“ Strömung rechnen mußten, die beklagte, daß England wieder einmal beiseite gelassen werde. „Es wäre wirklich in unserem Interesse, Europa mit einem gesunden Gleichgewicht zu organisieren und nicht unter dem entscheidenden und einseitigen Einfluß Deutschlands“, betonte Mendès-France⁴⁷. Die Verteidiger der Römischen Verträge bestritten dies nicht, aber in ihren Augen war die Verwirklichung von Euratom und EWG gerade das Mittel, das England zwingen sollte, seine insulare Haltung aufzugeben und sich Europa anzuschließen. Um es an sich zu ziehen, müsse man ihm zeigen, wie die Sache läuft. Besonders die Sozialisten vertraten diesen Standpunkt: England interessiere sich allein für Realitäten, es werde sich nur dann der Europäischen Gemeinschaft zugesellen, wenn diese funktioniere und ihre Dynamik bewiesen habe⁴⁸.

Darüber hinaus boten die Parlamentsdebatten 1956/57 eine Gelegenheit zur Betonung des Willens, sich durch die Schaffung eines geeinten Europa gegenüber den Vereinigten Staaten zu behaupten. In dieser Hinsicht konnte man eine Kehrtwendung beobachten. Während früher die Einigung Westeuropas als eine Übernahme des amerikanischen Modells und als wesentlicher Aspekt der atlantischen Integration begriffen worden war, wurden nun der europäische Neubeginn, der Gemeinsame Markt und Euratom als Mittel für Westeuropa hingestellt, um die allzu drückende Vormundschaft der USA abzuschütteln und sie zur Respektierung der Würde und der spezifischen Interessen der Europäer zu zwingen; die USA sollten dazu gebracht werden, Europa nicht als Vasallen, sondern als einen Partner anzusehen, den man auf der Basis der Gleichberechtigung behandelt⁴⁹. Diese Auffassung entsproß der starken anti-amerikanischen Strömung, die zu dieser Zeit die französischen Politiker bewegte, besonders im Zusammenhang mit der Suez-Affäre und den Dekolonisierungsproblemen. Man empfand die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Gewichte innerhalb der atlantischen Allianz. Bei den Amerikanern müsse man das Gefühl der Vorherrschaft ausräumen und bei den Europäern das Gefühl der Abhängigkeit⁵⁰. Die Wiederankurbelung des europäischen Einigungsprozesses wurde sowohl beim M.R.P. wie bei den Unabhängigen⁵¹ und den Sozialisten in dieser Perspektive gesehen.

Indem Euratom die Ankäufe von Energierohstoffen durch Frankreich einschränke, der Gemeinsame Markt seine Ausfuhr belebe, würden beide die Zahlungsbilanz verbessern helfen, der erniedrigenden Bettelei um Dollarzuschüsse in Washington ein

⁴⁷ J. O., Ass. nat., 1957, S. 3384 und 3387.

⁴⁸ Interventionen von P. H. Teitgen (J. O., Ass. nat., 1956, S. 3260), Ch. Pineau, P. O. Lapie und R. Plevin (J. O., Ass. nat., 1957, S. 3370 und 3479).

⁴⁹ Gespräche mit Maurice Faure und Paul Reynaud, über die Bjøl, a. a. O., S. 354 und 364 referiert; Interventionen von Guy Mollet und von P. H. Teitgen in der Nationalversammlung (J. O., Ass. nat., 1957, S. 216 und 3368); Bericht von A. Savary über den Gemeinsamen Markt (J. O., Ass. nat., 1957, S. 2333).

⁵⁰ Interventionen von F. de Menthon in der Sitzung vom 18. Dezember 1956.

⁵¹ Eine lockere Parteigruppierung liberal-konservativer Prägung, die meist die Interessen der Wirtschaft vertrat.

Ende machen und der französischen Politik mehr Unabhängigkeit geben⁵². Andererseits war man an der Schwelle des Atomzeitalters. Die Vereinigten Staaten hatten gerade verschiedene Initiativen hinsichtlich der zivilen Verwendung der Kernenergie ergriffen: Abänderungen des Mac Mahon-Gesetzes⁵³, die Schaffung einer Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) im Rahmen der UNO und die Bereitstellung von Uranium 235 für industrielle Zwecke in Europa. Die Amerikaner wollten die Verwendung unter Kontrolle behalten, sei es auf dem Umweg über die internationale Agentur oder durch bilaterale Vereinbarungen, die ihren Partnern gewichtige Verpflichtungen auferlegten, wie sie Frankreich im Abkommen vom 19. Juni 1956 für die Lieferung von 40 kg Uranium 235 hatte akzeptieren müssen. Euratom werde es möglich machen, diese amerikanische Vormundschaft durch eine europäische Kontrolle zu ersetzen, an der Frankreich maßgeblich beteiligt sei⁵⁴. In der Nationalversammlung unterstrichen Francis Perrin und Louis Armand den gewaltigen technologischen Vorsprung der Vereinigten Staaten; wenn die europäischen Staaten sich nicht zu einer großen atomaren Gemeinschaft zusammenschlossen, würden sie zu Satelliten der Vereinigten Staaten⁵⁵.

Die Gegner der Verträge von Rom warnten davor, sich Illusionen zu machen. Der amerikanische Einfluß werde sich im Gegenteil noch verstärken. „Der amerikanische Wurm steckt schon in der europäischen Frucht“, versicherte Pierre Cot. Der Gemeinsame Markt werde das Eindringen des amerikanischen Kapitalismus in die europäische Wirtschaft noch erleichtern⁵⁶. Was Euratom betreffe, so sei die Behauptung, dadurch erlange Europa seine Unabhängigkeit, eine Täuschung, denn man verzichte auf den Bau einer europäischen Anlage zur Isotopentrennung, um von den USA Uranium 235 zu kaufen. Das ganze Programm von Euratom hänge von dem Kernbrennstoff aus den Vereinigten Staaten, dem ausschließlichen Lieferanten, ab. Wie könne man folglich von Unabhängigkeit sprechen, wenn die Lieferung von Uranium 235 mit einer ganzen Reihe von Auflagen verbunden sei, die den USA ein absolutes Kontrollrecht einräumen? Im übrigen sehe sich Frankreich gezwungen, mangels einer europäischen Anlage zur Isotopentrennung, die das angereicherte Uranium für sein militärisches Nuklearprogramm liefern könnte, eine nationale Anlage nur für militärische Zwecke zu bauen. Das sei sehr kostspielig, brauche lange Zeit und verzögere den Zeitpunkt, zu dem Frankreich seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen könne, ohne vom amerikanischen Schutzschirm abhängig zu sein⁵⁷.

⁵² Bericht von P. July über Euratom in der Nationalversammlung.

⁵³ Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vom amerikanischen Kongreß verabschiedetes Gesetz, das jegliche Weiterverbreitung von amerikanischen Forschungserkenntnissen auf dem Gebiet der Atomenergie an ausländische Mächte unter Todesstrafe stellte.

⁵⁴ Vgl. Jean Monnet, a. a. O., S. 493.

⁵⁵ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 5. Juli 1956.

⁵⁶ Intervention von Kriegel-Valrimont in der Sitzung vom 25. März 1957, J. O., Ass. nat., 1957, S. 1887.

⁵⁷ Vgl. J. Armel, L'atome ne sera pas européen, in: France-Observateur vom 4. Juli 1957; Bericht von P. André im Namen des Verteidigungsausschusses, J. O., Ass. nat., Sitzung vom 3. Juli 1957; Intervention von M. Plaisant in der Sitzung vom 19. Juli 1957.

Die Mehrheit der Parlamentarier ging aber auf diese Argumentation nicht ein. Sie blieb überzeugt davon, daß die Verträge von Rom eine Verminderung des Einflusses der Vereinigten Staaten und eine geringere Abhängigkeit Frankreichs von Washington zur Folge haben würden. Die öffentliche Meinung war der gleichen Ansicht: nur 5% der von I.F.O.P. im Mai 1957 befragten Personen erklärten, die Verträge würden den amerikanischen Einfluß verstärken⁵⁸.

Bis jetzt war vor allem von den politischen nationalen Interessen die Rede. Natürlich ging es bei der Debatte über den Gemeinsamen Markt in gleicher Weise um die Interessen der französischen Wirtschaft. Es sei daran erinnert, daß sich Frankreich in dieser Zeit dringenden wirtschaftlichen Problemen gegenüber sah. Seine Zahlungsbilanz befand sich in einer sehr schweren Krise, die vor allem durch ein wachsendes Handelsdefizit verursacht worden war. Es war einesteils durch ein Anschwellen der Einfuhren entstanden, als Konsequenz sowohl der wirtschaftlichen Expansion wie der Sozialpolitik der Regierung der *Front républicain*⁵⁹, die den internen Konsum ansteigen ließ, und der militärischen Anstrengungen in Algerien. Zum anderen ließen der Rückgang der Exporte, die Inflation und die Erhöhung der Lastkosten die französischen Preise steigen. Da es an Devisen fehlte, mußten entweder die Einfuhren eingeschränkt oder Anleihen aufgenommen werden, was immer schwieriger wurde; denn angesichts des Budgetdefizits, der Inflation und der ständigen Schuldnerposition gegenüber der Europäischen Zahlungsunion schwand das Vertrauen der möglichen Geldgeber. Die Gesundung der Zahlungsbilanz war deshalb dringendes Erfordernis. Das bedeutete mehr Export und Einschränkung der Importe, besonders an Energierohstoffen. Daher das Interesse am Gemeinsamen Markt und an Euratom.

Zu diesen konjunkturellen Erfordernissen kamen strukturelle Faktoren. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes mußte einige der Ursachen für die Schwäche der französischen Wirtschaft lindern helfen: die Enge des nationalen Markts, den Mangel an Bodenschätzen und die Unzulänglichkeit der Investitionen. In den Debatten hob man vor allem die erforderliche Priorität des Exports hervor. Die französische Wirtschaft brauche Absatzmärkte, die den Maßstäben der modernen Technik entsprächen. Der Gemeinsame Markt sei schon deshalb notwendig, weil sich Frankreich einer Politik der industriellen und landwirtschaftlichen Expansion verschrieben habe⁶⁰. Denn einesteils war der französische Markt für eine ganze Reihe von Industriezweigen, die sich der internationalen Entwicklung anzupassen hatten, zu klein geworden, andererseits konnte Frankreich nicht mit höheren Exportquoten rechnen, wenn es nicht zu konkurrenzfähigen Preisen produzierte. Das erforderte eine Änderung der Strukturen und Gewohnheiten, die nur der durch den Gemeinsamen Markt hervorgerufene äußere Zwang bewirken konnte. Der Berichterstatter des Ausschusses für

⁵⁸ *Sondages*, 1972, No. 1–2, S. 125.

⁵⁹ So nannte sich in Anlehnung an die *Front populaire* (Volksfront) der dreißiger Jahre die Koalition linksliberaler und sozialistischer Parteigruppen, die die Wahlen im Dezember 1955 gewann und eine der Hauptstützen der Regierung Guy Mollets wurde.

⁶⁰ Vgl. die Rede Guy Mollets in der Nationalversammlung, J. O., Ass. nat., S. 213–215.

auswärtige Angelegenheiten im Parlament, Alain Savary, befaßte sich ausführlich mit diesen Gesichtspunkten. In seiner Einleitung zum Jahrgang 1957 des Jahrbuchs „L'Année politique“ schrieb André Siegfried⁶¹ von der Notwendigkeit einer Umerziehungskur, die die seit Generationen geltenden Anschauungen ändern müsse. Man dürfe nicht mehr „den Export als einen einfachen Zusatzverdienst betrachten, den man einplant, wenn der innere Markt gesättigt ist, sondern als eine Hauptaufgabe ... Man muß sich der internationalen Konkurrenz stellen und die malthusianistische Philosophie der ökonomischen Maginotlinien aufgeben“⁶².

Die Perspektiven, die eine Marktausweitung der französischen Landwirtschaft eröffnete, erklären zur Genüge, warum die französische Regierung schon bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge ihre Zustimmung von der Einrichtung eines gemeinsamen Agrarmarktes abhängig machte. Sie wurde dazu durch die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrates gezwungen; die Vertreter der Landwirtschaft in ihm stimmten dem Gemeinsamen Markt nur unter der Bedingung zu, daß auch europäische Märkte für Agrarprodukte eingerichtet würden⁶³. Ebenso forderte die Nationalversammlung im Januar 1957 eine gemeinsame Agrarpolitik.

Hinter diesen Beschlüssen standen bedeutende Berufsverbände, so der fortschrittliche Flügel in der agrarischen Genossenschaftsbewegung und das „Centre National des Jeunes Agriculteurs“ (Zentralverband der Jungbauern), das aus der „Jeunesse Agricole Catholique“ (J.A.C.) hervorgegangen war und unter dem Einfluß der Europa-Ideologie des M.R.P. gestanden hatte. Das C.N.J.A. widmete sich aber vor allem der Modernisierung der Landwirtschaft und der damit erforderlichen Erschließung neuer Absatzmärkte⁶⁴. Die Führer der „Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles“ (Nationale Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften) vertraten ihrerseits die Auffassung, die französische Landwirtschaft werde zu einer Überschuwirtschaft und könne ihre Produkte nicht mehr zu lohnenden Preisen exportieren. Ihr Ziel sei es daher, bei den Nachbarn Frankreichs Absatzmärkte mit besseren Preisen als auf dem Weltmarkt zu finden, und zwar durch einen gemeinsamen Markt mit Präferenzsystem und einem genügend hohen gemeinsamen Zolltarif nach außen. An der Spitze dieses Interessenkampfes standen die Großproduzenten von Getreide und die Rübenzuckerfabrikanten. Sie waren in den vergangenen Jahren die Hauptverantwortlichen für das Scheitern des „Grünen Pool“ gewesen. Nun gaben sie ihre protektionistische Haltung auf, denn die vom Staat zur Stützung des Getreide- und Zuckermarktes ausgeschütteten Subventionen hatten eine solche Höhe erreicht, daß sie in Frage gestellt wurden. Die Verschärfung der Finanzkrise und der Sieg der republikanischen Front bei den Wahlen im Januar 1956 läuteten das Ende der Subventionen ein, von denen vor allem die großen Landwirte des Nordens und des Pariser Beckens profitiert hatten. Sie brauchten deshalb ein Expansionsfeld

⁶¹ André Siegfried (1875–1959), bedeutender französischer Soziologe und Politologe, in den 50er Jahren Herausgeber des offiziellen Jahrbuchs „L'Année politique“.

⁶² L'Année politique 1957, Paris 1958, S. XVIII.

⁶³ Bulletin de Conseil économique et social, Sitzungsbericht vom 12. Juli 1956.

⁶⁴ Vgl. Bjøl, a. a. O., S. 143, der Gespräche mit den Führern des C.N.J.A. referiert.

über die Grenzen hinaus. Der Gemeinsame Markt erschien also als *die* Chance der französischen Landwirtschaft⁶⁵. Der Präsident der Versammlung der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern, Blondelle, machte das in einem Schreiben an den Außenminister vom 24. Mai 1956⁶⁶ deutlich. Und im Parlament wurde es von den meisten Abgeordneten der Gruppe der Unabhängigen und Bauern wiederholt.

Manche brachten allerdings auch Einwände vor und fanden die Garantien für die Landwirtschaft ungenügend; der zu niedrige Außentarif führe zu einer Invasion des französischen Markts durch die agrarischen Überschussprodukte von jenseits des Atlantik. Andere machten sich zu Sprechern der wegen der italienischen Konkurrenz beunruhigten Gemüse-, Obst- und Weinproduzenten des Südens. Auf der äußersten Linken wie auf der äußersten Rechten prophezeite man eine Krise der kleinen, gemischtproduzierenden Familienbetriebe, ein „Massensterben der kleinen und mittleren Bauern“, eine Beschleunigung der Landflucht, die in den Städten zu Arbeitslosigkeit führen werde, und ein Verkümmern der abgeschiedenen und wenig rentablen Landstriche. Maurice Faure mußte sich vor der Nationalversammlung verpflichten, bei den Partnern Frankreichs die Einführung von Minimalpreisen durchzusetzen und eine gemeinsame Politik anzustreben, die „aus den Familienbetrieben normal rentable Unternehmen macht“⁶⁷.

Die Industrie konnte von der Ausweitung des Exports in die benachbarten Länder des Gemeinsamen Markts ja nur profitieren: Auf sie schienen Expansion, Vollbeschäftigung und die Sicherung des hohen Lohnniveaus zu warten. Deshalb sprachen sich auch die nicht der Kommunistischen Partei verschriebenen Gewerkschaften, C.F.T.C.⁶⁸ und „Force Ouvrière“, schon im Juli 1956 für den Gemeinsamen Markt aus⁶⁹.

Freilich mußte die französische Industrie die Sicherheit haben, an ihre Nachbarn auch verkaufen zu können und von diesen nicht gar zu sehr unter Konkurrenzdruck im eigenen Land gesetzt zu werden. In dieser Hinsicht schienen große Vorsichtsmaßnahmen notwendig zu sein. Wenn der Akzent zu sehr auf die Produktivität und die Konzentration der Wirtschaft in großen Einheiten gelegt wurde, riskierte man außerdem unerfreuliche soziale Folgen. Die C.G.T.⁷⁰ und die Kommunistische Partei mal-

⁶⁵ Vgl. Pierre Barral, *Les agrariens français de Méline à Pisani*, Paris 1968, S. 325–327; Bjøl, a. a. O., S. 388–391, Gespräch mit J. C. Clavel, dem Chef des Büros für internationale Studien der „Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles“.

⁶⁶ Das Schreiben wurde in den Debatten der Nationalversammlung zitiert, J. O., Ass. nat., 1956, S. 3319.

⁶⁷ J. O., Ass. nat., Sitzung vom 15. Januar 1957. Maurice Faure antwortete auf die Interventionen von Dorgères, Beaugitte, P. André, C. Laurens, Abgeordneten der Unabhängigen und der Bauern, und von verschiedenen kommunistischen Abgeordneten.

⁶⁸ C.F.T.C. = Confédération Française des Travailleurs Chrétiens: Französischer Verband christlicher Arbeiter.

⁶⁹ Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates vom 12. Juli 1956; vgl. auch Bjøl, a. a. O., S. 416 (Gespräch mit Ch. Veillon, dem Verbandssekretär von „Force Ouvrière“).

⁷⁰ C.G.T. = Confédération Générale du Travail: Allgemeiner Verband der Arbeit (kommunistisch orientierte Gewerkschaft).

ten eine geradezu apokalyptische Vision aus: Massenarbeitslosigkeit infolge Schließung von Unternehmen, die der Konkurrenz nicht standhalten konnten; Erhöhung des Arbeitsrhythmus und der Arbeitszeit zur Steigerung der Leistung; soziale Angleichung auf dem untersten Niveau; Abzug der Arbeiter nach den Zentren des Wachstums⁷¹.

Dazu kam die entschiedene Opposition der Gruppen, die der durch den Gemeinsamen Markt erzwungenen Konzentration und Modernisierung der Wirtschaft zum Opfer zu fallen fürchteten: kleine Industrielle, Handwerker, kleine Händler. Der Präsident des Verbandes der kleinen und mittleren Unternehmen, Gimembre, hatte seine Angst vor der EWG schon drastisch geäußert: „Der erste Waggon, der nach der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes die Grenzen passieren wird, wird nicht nur europäischen Koks transportieren, sondern auch einen Leichnam – den der französischen Industrie!“ Sein Verband lehnte die Römischen Verträge entschieden ab⁷².

Auf der anderen Seite hatte der Zentralverband der jungen Unternehmer, der in der Industrie dem entsprach, was der C.N.J.A. für die Landwirtschaft war, sehr bald zugunsten des Gemeinsamen Marktes Stellung genommen, der letzten Rettung vor dem Archaismus der französischen Industrie. Der nationale französische Industriellenverband, C.N.P.F. (Conseil National du Patronat Français), machte eine Wandlung durch. Anfangs war er in seiner Gesamtheit feindselig oder zumindest reserviert. Im Juli 1956 stimmten die Vertreter der Industrie im Wirtschafts- und Sozialrat gegen das Projekt des Gemeinsamen Marktes oder enthielten sich der Stimme. Genau genommen handelte es sich aber nicht um eine Opposition aus Prinzip, vielmehr stellte man gewisse Vorbedingungen, um der französischen Industrie die Bedingungen einer „gerechten“ Konkurrenz zu sichern. Viele Industriezweige strichen die Nachteile der französischen Industrie heraus, die sich durch ihren veralteten und schlecht angepaßten Produktionsapparat und ihre kostspieligen Sozillasten ergaben. Man müsse deshalb innerhalb der EWG Bedingungen schaffen, die die französische Industrie der der Partner gleichstellen, und außerdem gegenüber den Drittländern, die nicht an diese Abmachungen gebunden sein würden, einen genügend hohen gemeinsamen Zolltarif erheben⁷³. In einer am Schluß ihrer Generalversammlung im Januar 1957 verabschiedeten Erklärung bestand das C.N.P.F. vor allem auf einer Angleichung der Sozillasten (Gleichheit der Löhne für Frauen und Männer wie in Frankreich, gleiche Regelung wie in Frankreich für die Überstunden, die Dauer der Arbeitswoche, die Länge des bezahlten Urlaubs, die finanziellen Modalitäten der Sozillasten), auf einer Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EWG und auf dem Schutz gegenüber den Drittländern⁷⁴. Im selben Monat machte ein Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrates die fortschreitende Liberalisierung des Güteraustausches von der Verwirklichung dieser Maßnahmen abhängig. Außerdem forderten die Industriel-

⁷¹ Intervention der Delegation des C.G.T. im Wirtschafts- und Sozialrat am 12. Juli 1956, und von Mme. Vaillant-Couturier in der Nationalversammlung, J. O., Ass. nat., 1957, S. 19–23.

⁷² Bjøl, a. a. O., S. 400–403 (Gespräch mit M. Gimembre).

⁷³ Bulletin du Conseil économique et social, 1956, No. 20 u. 21.

⁷⁴ Bulletin du C.N.P.F., Paris, Februar 1957.

len die Aufrechterhaltung des Systems der Einfuhrzölle und der Exporthilfen, solange die monetäre Krise und das Defizit der Zahlungsbilanz anhielten.

Alle diese Forderungen wurden von der französischen Regierung bei den Verhandlungen mit ihren Partnern berücksichtigt, denn die privaten Interessen deckten sich in diesem Fall mit den nationalen. Die geforderten und letztlich zu einem großen Teil durchgesetzten Maßnahmen zielten darauf ab, die traditionellen Nachteile der französischen Industrie gegenüber ihren Konkurrenten zu lindern, ihr Expansionsmöglichkeiten im erweiterten und geschützten Rahmen des Europa der Sechs zu verschaffen und dadurch den für den Ausgleich der Zahlungsbilanz notwendigen raschen Exportanstieg zu ermöglichen⁷⁵.

Nachdem man in den Verhandlungen die als unbedingt notwendig erachteten Garantien und Konzessionen durchgesetzt hatte, konnte der Gemeinsame Markt nur Vorteile bieten: er beschleunigte die Modernisierung des französischen Produktionsapparates und erhob Frankreich in den Rang einer großen Industrienation. André Siegfried schrieb, es handle sich um eine „entscheidende Gelegenheit der nationalen Erneuerung“⁷⁶. Alain Savary unterstrich als Berichterstatter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vor allem vier Punkte: die Ausschaltung der unrentablen Unternehmen, die für die Senkung der Produktionskosten vorteilhafte Konzentration und Spezialisierung, die Steigerung der Produktivität, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und des Kapitals⁷⁷. Schon anlässlich der Orientierungsdebatte im Januar 1957 hatten Maurice Faure und Christian Pineau darauf hingewiesen, daß eine Ablehnung des Gemeinsamen Marktes durch Frankreich und seine Isolierung vom Rest Europas einen Verzicht auf die Umstellung und Modernisierung seiner Wirtschaft bedeuten würde. „Europa ist für Frankreich der richtige Weg, aber nicht der Weg der bequemen Gelegenheit, sondern der Weg der Rettung.“⁷⁸ Der durch den Gemeinsamen Markt von außen ausgeübte Druck werde die Durchführung der notwendigen inneren Reformen erleichtern. Tatsächlich verlangte die am Schluß der Debatte von der Nationalversammlung verabschiedete Resolution im Hinblick auf die Perspektiven des Gemeinsamen Marktes die Einleitung einer Investitionspolitik mit dem Ziel einer Modernisierung der französischen Wirtschaft.

Die für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie als unvermeidlich angesehenen Reformen betrafen aber nicht nur die Unternehmenspolitik, sondern auch und in erster Linie die Politik der Regierung. Für die zögernde Haltung des C.N.P.F. gegenüber dem Gemeinsamen Markt schien das der Hauptgrund gewesen zu sein. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes bot die Gelegenheit, die Regierung zur Änderung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu zwingen, die bei den Unterneh-

⁷⁵ Vgl. die von Ch. Pineau auf der Konferenz von Venedig am 29. und 30. Mai 1956 vertretenen Positionen, den Bericht von A. Savary im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und die Erklärungen von Guy Mollet in der Nationalversammlung anlässlich der Debatte über die Ratifikation der Römischen Verträge im Juli 1957; vgl. auch J. Monnet, a. a. O., S. 495.

⁷⁶ *L'Année politique 1957*, Paris 1958, S. XIX.

⁷⁷ *J. O., Ass. nat.*, 1957, S. 2333 ff.

⁷⁸ *J. O., Ass. nat.*, Sitzungen vom 15. bis 22. Januar 1957.

mern als katastrophal verschrien war, die Erbschaft der Republikanischen Front zu beseitigen und zu den Zeiten des guten Monsieur Pinay⁷⁹ zurückzukehren: Aufgabe des gegenwärtig herrschenden Prinzips, jeweils das Einfachste zu tun, vorrangige Förderung der französischen Produktion, Aufgabe der Subventionen und der starren Preisfestsetzung, Beschränkung der Soziallasten und Steuern, Reduzierung der staatlichen Eingriffe auf dem Kapitalmarkt, Änderung der Kreditpolitik, Begünstigung statt Entmutigung der privaten Investitionstätigkeit – das waren die Forderungen, die das C.N.P.F. in seiner Generalversammlung im Januar 1957 an die Regierung richtete, bevor es dem Gemeinsamen Markt zuzustimmen bereit war⁸⁰.

In der Nationalversammlung fand Georges Villiers, der Präsident des C.N.P.F., einen Fürsprecher in der Person eines jungen Abgeordneten, der seine ersten parlamentarischen Fechtübungen machte: Valéry Giscard d'Estaing. Zusammen mit anderen unabhängigen Abgeordneten war er Vertreter der Interessen des Großhandels, der Hochfinanz und der Großindustrie, die die Liberalisierung des Handels im europäischen Rahmen befürworteten und deren Repräsentanten in der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit aktiv waren⁸¹. Giscard d'Estaing sagte damals nicht ein „Ja, aber“ sondern ein „Ja, wenn“: ein Ja zum Gemeinsamen Markt, wenn die Regierung sich vorher bereit erkläre, ihre Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik zu ändern und die Entwicklung der großen Unternehmen zu begünstigen statt die auf ihnen liegenden Lasten noch zu erhöhen. Hier trafen sich wieder privates und nationales Interesse. In derselben Debatte anerkannte auch Christian Pineau, daß mit einer neuen Politik begonnen werden müsse, um die Modernisierung des französischen Produktionsapparates zu ermöglichen, um ihn überhaupt instand zu setzen, auf dem Gemeinsamen Markt aufzutreten und daraus den besten Nutzen zu ziehen – insgesamt zum Wohle der französischen Wirtschaft⁸². Kurioserweise zogen in der Schlußdebatte im Juli 1957 Mendès-France und Giscard d'Estaing am selben Strang: Beide betonten, es sei unmöglich, den Gemeinsamen Markt in Gang zu setzen, wenn sich Frankreich nicht durch eine Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung auf die Liberalisierung des Handels vorbereite. Aber Giscard d'Estaing, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiederbelebung Optimist, stimmte für den Gemeinsamen Markt. Mendès-France, pessimistisch eingestellt, stimmte dagegen: Frankreich sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht fähig zu einer solchen Wiederbelebung und sollte deshalb keine Engagements eingehen, die es nicht halten könne. Dieser Pessimismus war begründet:

⁷⁹ Antoine Pinay, unabhängiger Republikaner, mehrfach Minister und März bis Dezember 1952 Ministerpräsident und Finanzminister, versuchte mit Erfolg, durch einen Preisstopp ohne Steuererhöhungen die Finanzen zu sanieren, und wurde auch danach als Finanzexperte und unbestrittener Chef des rechten Zentrums anerkannt.

⁸⁰ Bulletin du C.N.P.F., Paris, Februar 1957. Zur Entwicklung der Haltung des C.N.P.F. gegenüber dem Gemeinsamen Markt vgl. Georges Lefranc, *Les organisations patronales en France*, Paris 1976.

⁸¹ Vor allem J. Rueff, Edmond Giscard d'Estaing, die Direktoren von Pèchiney, der Bank Lazard frères.

⁸² Nationalversammlung, Sitzung vom 18. Januar 1957.

die Verschärfung der Außenhandelskrise hatte die Regierung im Juni zu einer neuerlichen Kontingentierung der Einfuhren veranlaßt. Mendès-France konnte nicht vorhersehen, daß sich in weniger als einem Jahr die politische Situation Frankreichs grundlegend ändern und der von Giscard d'Estaing vertretene Optimismus nachträglich gerechtfertigt werden sollte.